

1 **L-06**  
2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Kommunen in Nordrhein-Westfalen stärken – So wol-**  
7 **len wir in Zukunft leben!**  
8  
9 **I. Von Thesen zu Positionen – Unser Weg**  
10  
11 Die NRWSPD fasste im Juni 2018 den Beschluss Kern-  
12 thesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik und be-  
13 auftragte zugleich den Landesvorstand, mit relevanten  
14 gesellschaftlichen Gruppen sowie interessierten Bürge-  
15 rinnen und Bürgern eine Debatte über die Thesen und  
16 die Herausforderungen zukunftsfähiger Kommunalpo-  
17 litik zu führen. Die vom Landesvorstand eingesetzte Ar-  
18beitsgruppe „Kommunalkampa“ führte in der Zeit von  
19 Februar 2019 bis April 2019 vier Veranstaltungen in den  
20 vier Regionen NRWs zu den Schwerpunktthemen Wirt-  
21 schaft, Mobilität, Soziales und Wohnen durch. 22 exter-  
22 ne Expertinnen und Experten bewerteten die Thesen  
23 und diskutierten mit insgesamt ca. 120 Genossinnen  
24 und Genossen, setzten zusätzliche Akzente und gaben  
25 Anregungen, die aus ihrer fachlichen Sicht zum Gelin-  
26 gen zukunftsfähiger Kommunalpolitik notwendig sind.  
27 Die NRWSPD dankt an dieser Stelle allen an diesen Dis-  
28 kussionen Beteiligten herzlich.  
29  
30 Ein Jahr vor der Kommunalwahl 2020 bekräftigen wir  
31 die in den Kernthesen sozialdemokratischer Kommu-  
32 nalpolitik dargelegten Positionen.  
33  
34 **II. Handlungsspielräume für Kommunen schaffen**  
35  
36 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Sie sind Hei-  
37 mat, Zuhause, Wohnorte, Orte der Teilhabe und Teilnah-  
38 me, Orte zum Lernen, Arbeiten und Erholen. Sie sind Or-  
39 te für Junge und Alte, für Nachbarinnen und Nachbarn,  
40 für Alteingesessene und Neubürgerinnen und Neubür-  
41 ger.  
42  
43 Unsere Kommunen erfüllen als unmittelbare Ebene un-  
44 serer Demokratie viele Funktionen und Aufgaben, um  
45 Lebensqualität, Bildung, Sicherheit und Mobilität für al-  
46 le Generationen angemessen und einfach zugänglich zu  
47 gewährleisten.  
48  
49 Und dennoch müssen wir feststellen: Auch in vielen  
50 unserer Kommunen spiegelt sich die soziale Spaltung  
51 unserer Gesellschaft wider: Gegensätze werden sicht-  
52 bar, das Gemeinsame schrumpft. Wir wollen dieser Ent-  
53 wicklung entgegenwirken. Wir streben gleichwertige  
54 Lebensverhältnisse an. Wir wissen, dass die Kommu-  
55 nen dies nur im Verbund mit Bund und Land schaffen  
56 können. Diese Aufgabe nehmen wir auf jeder staatli-  
57 chen Ebene wahr. Auch in der gegenwärtigen Bundes-  
58 regierung hat die SPD viel zur Unterstützung der Städ-  
59 te, Gemeinden und Kreise erreicht. Mit der Übernah-

**Empfehlung der Antragskommission:**  
**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

60 me der Kosten der Grundsicherung im Alter, der Ent-  
61 lastung beim Gemeindeanteil an den Kosten der Unter-  
62 kunft, der Erhöhung des Gemeindeanteils bei der Um-  
63 satzsteuer und mehreren milliardenschweren Investiti-  
64 onsprogrammen des Bundes ist die Freiheit der kommun-  
65 alen Selbstverwaltung gestärkt worden. „Wer bestellt,  
66 bezahlt“, dieser Grundsatz muss auch für den Bund gel-  
67 ten.

68  
69 Zugleich sind mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen der  
70 SPD-geführten Landesregierung bis 2017 auch seitens  
71 des Landes erhebliche finanzielle Unterstützungsleis-  
72 tungen für unsere Kommunen erbracht worden. Das  
73 Förderprogramm „Gute Schule 2020“ wirkt, ebenso die  
74 Wohnungsbauförderprogramme des Landes. Leider ver-  
75 lässt die schwarz-gelbe Landesregierung diesen Pfad  
76 zur Schaffung von mehr sozialem Wohnraum wieder.

77  
78 Die finanzielle Lage mancher Kommunen bleibt schwie-  
79 rig.

80  
81 In unseren Städten und Gemeinden haben die Men-  
82 schen die meisten Berührungspunkte mit Staat und Po-  
83 litik. Auf kommunaler Ebene hat jeder und jede Ein-  
84 zelne die größten Gestaltung- und Einflussmöglichkei-  
85 ten. Deshalb müssen die 396 Städte und Gemeinden  
86 in unserem Land an 365 Tagen im Jahr für ein lebens-  
87 wertiges Nordrhein-Westfalen sorgen. Das sicherzustel-  
88 len, wird für viele Kommunen von Tag zu Tag schwerer.  
89 In zu vielen Städten erleben Menschen, dass die Kultur-  
90 und Sportangebote zurückgefahren und Förderungen  
91 der Jugendarbeit gestrichen werden, öffentliche Infra-  
92 struktur verfällt und die Lebensqualität der Bürgerin-  
93 nen und Bürger sinkt. Verlust von Vertrauen und stei-  
94 gende Unzufriedenheit finden sich vor allem dort, wo  
95 sich Menschen – unabhängig vom eigenen sozialen Sta-  
96 tus – von Politik und Staat verlassen fühlen. Gerade in  
97 einer Gesellschaft, in der traditionelle Orte der Gemein-  
98 schaft an Bedeutung verlieren, müssen wir deshalb den  
99 Städten und Gemeinden und damit in erster Linie den  
100 Bürgerinnen und Bürgern wieder Handlungsfelder er-  
101 öffnen und Gestaltungsraum geben.

102  
103 Wir haben die Kommune, das Basiccamp der Demokra-  
104 tie, in den vergangenen Jahrzehnten überfordert. Die  
105 Hälfte der sozialen Leistungen wird heute auf kommuna-  
106 ler Ebene getragen. Das Konnexitätsprinzip hieß am  
107 Ende zu oft: „Den Letzten beißen die Hunde!“ Heu-  
108 te befinden sich finanzschwache Kommunen deshalb  
109 in einem Teufelskreis. Sie sind nicht mehr in der Lage,  
110 aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung vergleichbar gu-  
111 te Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu er-  
112 möglichen. Weil Steuern gesenkt wurden und der Bund  
113 die Lasten der Sozialgesetzgebung stärker den Kommu-  
114 nen aufgebürdet hat, ohne für eine ausreichende Fi-  
115 nanzierung zu sorgen, haben wir zugelassen, dass sich  
116 unter den Städten Globalisierungsverlierer ausgebildet  
117 haben. Durch strukturelle Krisen sanken Wirtschafts-

118 leistungen und damit auch die Steuerkraft. Die soziale  
119 Folge: Auch die Soziallasten stiegen, weshalb Geld für  
120 Investitionen und den Erhalt fehlten.

121  
122 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war eine richtige und  
123 erfolgreiche Maßnahme, um hier gegenzusteuern. Nun  
124 müssen aber kurzfristig weitere Schritte folgen: Um  
125 Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und so  
126 den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, das  
127 Leben auch in ärmeren Städten zu gestalten, sind drei  
128 Schritte notwendig:

- 129
- 130 1. Zuerst müssen alte Kassenkredite, die Kommunen  
131 in der Regel nicht selbst verschuldet haben, in einen  
132 Altschuldenfonds unter Beteiligung von Bund und  
133 Land überführt werden.
- 134 2. Zweitens muss verhindert werden, dass neue Kas-  
135 senkredite auflaufen. Dafür müssen die Haushalte  
136 der Kommunen ausgeglichen werden. Sie müssen  
137 aber vor allem substanziell von Soziallasten befreit  
138 werden.
- 139 3. Drittens benötigen wir zielgerichtete Hilfe für je-  
140 ne Kommunen, die über Jahre negativ von einem  
141 Strukturwandel geprägt wurden.

142  
143 Folgende Punkte müssen dabei unabhängig von der  
144 Umsetzung im Detail berücksichtigt werden:

- 145
- 146 – Es muss eine Entschuldung der Liquiditätskredite  
147 innerhalb eines vermittelbaren Zeitraums erfolgen.  
148 Ein Prozess, der länger als 30 Jahre dauert, wird weder  
149 der Politik noch den Bürgerinnen und Bürgern vermit-  
150 telbar sein.
- 151
- 152 – Egal in welcher Form die Kommunen an der  
153 Finanzierung der Lösung beteiligt werden, es müssen  
154 Spielräume entstehen, die verhindern, dass die Hebe-  
155 sätze bei Gewerbe- und Grundsteuern weiter steigen.  
156 Besser wäre sogar, dass sie in absehbarer Zeit auch wie-  
157 der sinken könnten, um im Wettbewerb mit anderen  
158 Kommunen nicht noch weiter zurückzufallen.
- 159
- 160 – Es müssen Möglichkeiten zu kommunalen Inves-  
161 titionen eröffnet werden, um die Funktionsfähigkeit der  
162 Kommunen und der öffentlichen Infrastruktur sicher-  
163 stellen zu können.
- 164
- 165 – Der gesamte Prozess muss mit einer Entlastung  
166 bei den Soziallasten durch eine Übernahme der Kos-  
167 ten der Unterkunft im SGB II durch den Bund beglei-  
168 tet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die-  
169 ser Prozess nachhaltig gesichert werden kann und nicht  
170 neue Schulden bei sich verschlechternder wirtschaftli-  
171 cher und sozialer Lage wieder aufgebaut werden.
- 172
- 173 – Die Kommunen müssen gemeinsam mit der  
174 Kommunalaufsicht bereit sein zu einem umfassenden  
175 Ergebniscontrolling. Dabei wird es darum gehen, flexi-

176 bel und lösungsorientiert Handlungsperspektiven zum  
177 Erhalt des Haushaltsausgleichs zu entwickeln.

178

179 Die Strukturkrisen der Vergangenheit und die Überwin-  
180 dung der strukturellen Probleme heute dürfen nicht die  
181 Zukunftsperspektiven der Menschen in den betroffe-  
182 nen Städten zerstören. Die Menschen müssen wieder  
183 Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der demo-  
184 kratischen Institutionen gewinnen. Deshalb müssen die  
185 aktuelle wirtschaftliche Lage und die Niedrigzinsphase  
186 zur Entschuldung der Kommunen genutzt werden.

187

188 Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommis-  
189 sion „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird Maßnah-  
190 men entwickeln, die den Kommunen mit Altschulden  
191 und hohen Kassenkrediten helfen, dauerhaft auf eige-  
192 nen Füßen zu stehen. Klar ist, dass der Bund hier seiner  
193 finanziellen Verantwortung nachkommen muss, um die  
194 zu großen Teilen durch den Bund verursachte Anhäu-  
195 fung von Kosten bei den Kommunen zu beseitigen.

196 Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam die  
197 Aufgabe, für gute Lebensbedingungen der Bürgerinnen  
198 und Bürger in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde und ihrer Re-  
199 gion zu sorgen.

200

201 **III. Einladung zum Mitmachen – Die Städte sind für Dich**  
202 **gebaut...**

203

204 Wie wollen wir, wie wollen Sie, willst Du in Zukunft le-  
205 ben? Ist die Stadt, die Gemeinde, Deine Heimat nur noch  
206 ein globales Dorf, weil Informationen überall vorhan-  
207 den und jeder mit jedem verbunden sein kann? Sind  
208 Städte und Gemeinden nicht mehr als das? Wie soll sie  
209 aussehen, die Stadt der Zukunft? Wollen Sie, willst Du  
210 dabei sein, wenn es um die Zukunft Ihrer und Deiner  
211 Heimat geht? Was ist denn Heimat, was macht sie aus,  
212 ist sie überhaupt wichtig?

213

214 Für uns ist sie ein Ort der Freiheit, an dem Menschen  
215 gerne leben wollen. Wir beteiligen unsere Bürgerinnen  
216 und Bürger an der Gestaltung ihrer Heimat. Demokratie  
217 und Bürgerbeteiligung gehören zur Heimat, in der wir  
218 gerne leben.

219

220 Anstatt die Entwicklungen in unseren Quartieren und  
221 Nachbarschaften wirtschaftlichen Interessen privater  
222 Unternehmen unterzuordnen, wollen wir sie aktiv  
223 selbst gestalten. Wer bei uns lebt, soll bezahlbare Woh-  
224 nungen finden, gebührenfreie Kindertagesbetreuung,  
225 gute Schulen, einen guten Arbeitsplatz und vielfältige  
226 Einkaufsmöglichkeiten.

227

228 Für uns ist die Gesundheit ein hohes Gut. Deshalb wol-  
229 len wir in unseren Kommunen im Einklang mit der Na-  
230 tur leben. Wir nutzen erneuerbare Energien und wollen  
231 sie ausbauen, wir brauchen weder Glyphosat noch grü-  
232 ne Gentechnik – wir suchen eine gute Zukunft, für uns  
233 und unsere Kinder.

234  
235 In vielen Regionen stellt das Auto für die Menschen  
236 das Transportmittel der Wahl dar, aber nachhaltige  
237 und zukunftsfähige Mobilitätskonzepte erfordern ei-  
238 niges mehr: gute Radwege, Elektrobusse, vernetztes  
239 Carsharing oder Mitfahrangebote und ein attraktives  
240 ÖPNV-Angebot. Für uns ist die Heimat nicht rückwärts-  
241 gewandt, sondern zeigt nach vorn: Wir setzen überall  
242 auf Glasfaser: mit „smart cities“ und „smart regions“  
243 werden wir überall gleiche Chancen zur Information,  
244 Kommunikation und guter Arbeit schaffen.

245  
246 Unsere Kinder sind unsere Gegenwart und unsere Zu-  
247 kunft. Wir wollen, dass sie in beste Schulen gehen. Bil-  
248 dungswege in die Zukunft dürfen nicht allein vom Geld-  
249 beutel abhängen und sollen allen Generationen offen-  
250 stehen.

251  
252 Unsere Heimat ist weltoffen, tolerant und friedensstif-  
253 tend. Wir helfen Menschen in materieller Not, die Opfer  
254 von Flucht und Vertreibung sind und wir zeigen Grenzen  
255 auf, damit Sicherheit und Freiheit nicht gefährdet wer-  
256 den. Wir sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften und  
257 sozialen Organisationen und fördern zivilgesellschaftli-  
258 ches Engagement.

259  
260 In unserer Kommune gibt es eine hohe Lebensqualität:  
261 Sport, Freizeit, Kultur sind Ausdruck von Lebensfreude,  
262 Vielfalt und Zusammenhalt. Unsere Sportstätten müs-  
263 sen deshalb in gutem Zustand sein und allen zur Verfü-  
264 gung stehen. Unsere kommunale Kultur trägt zu unse-  
265 rer Identität bei. Unsere Einrichtungen und unsere Ak-  
266 tivititäten sind unverzichtbar und deshalb keine stille Fi-  
267 nanzreserve im städtischen Haushalt.

268  
269 Wir wollen durch unsere vorbeugende Sozialpolitik nie-  
270 manden zurücklassen und Fehlentwicklungen vorbeu-  
271 gen. Quartiere und Nachbarschaften müssen gute Be-  
272 dingungen für eine hohe Lebensqualität bieten. Was für  
273 die junge und aktive Generation gilt, soll auch für älte-  
274 re Menschen gelten. Denn bei aller Unterschiedlichkeit  
275 und trotz Meinungsverschiedenheiten: Wir gehören zu-  
276 sammen.

277  
278 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Wir wissen,  
279 dass globale Herausforderungen lokale Antworten ver-  
280 langen. An dieser Politik wollen wir Sie und Dich betei-  
281 ligen.

282  
283 Wir laden alle herzlich dazu ein.

284  
285 **IV. Zwanzig zentrale kommunalpolitische Positionen**  
286 **der NRWSPD**

287  
288 1. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die  
289 Freiheit, vor Ort selbst über die Lebensbedingungen und  
290 Lebensqualität der Menschen in ihrem Heimatort ent-  
291 scheiden zu können. Als Teil des demokratischen und so-

292 zialen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland  
293 erwarten wir die notwendige finanzielle und rechtliche  
294 Unterstützung durch Bund und Land bei der Wahrneh-  
295 mung dieser Aufgabe. Kommunale Selbstverwaltung ist  
296 für uns die Basis, nicht das Kellergeschoss der Demokra-  
297 tie. Diesem Grundverständnis folgend, setzen sich Sozi-  
298 aldemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen Ebe-  
299 nen für handlungsfähige Kommunen ein. Wir wollen le-  
300 bendige, lebens- und liebenswerte Kommunen in NRW,  
301 in denen sich die Menschen wohl fühlen, die sie als ihre  
302 Heimat wahrnehmen und in denen sie sich selbst ein-  
303 bringen.

304  
305 2. Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung bei zen-  
306 tralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.  
307 Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger müs-  
308 sen wirtschaftlich erbracht werden und sind unser  
309 Ziel, nicht das privatwirtschaftliche Gewinnstreben. Wir  
310 wollen starke Kommunen mit handlungsfähigen, de-  
311 mokratisch legitimierten Stadt- und Gemeinderäten so-  
312 wie Kreistagen. Die wirtschaftsliberale Devise „Privat  
313 vor Staat“ lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu in-  
314 terkommunaler und regionaler Zusammenarbeit. Das  
315 Wohl ergehen der eigenen Kommunen darf nicht durch  
316 ruinösen Wettbewerb auf dem Rücken der Nachbarn  
317 aufbauen.

318  
319 3. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Für ihn brauchen  
320 wir eine effiziente, moderne und bürgernahe Verwal-  
321 tung. Für ihn brauchen wir eine funktionierende kom-  
322 munale Demokratie. Sie ersetzt nicht die Verantwor-  
323 tung der Bürgerinnen und Bürger, sondern bringt sie zur  
324 Geltung. Unsere Kommunalpolitik will die Menschen  
325 zum Engagement motivieren. Deshalb benötigen wir ei-  
326 ne stabile kommunale Demokratie. Unsere Kommunal-  
327 politik will die Menschen gewinnen, ihre Kommune zu  
328 gestalten, mitzuwirken und erlebbar zu machen. Des  
329 halb schätzen und fördern wir das Ehrenamt. Es ist für  
330 uns Unterstützung, kein Ersatz notwendiger Arbeit am  
331 Gemeinwesen.

332  
333 4. Kommunale Selbstverwaltung, verstanden als Frei-  
334 heit, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft  
335 zu behandeln, braucht eine auskömmliche Finanzie-  
336 rung. Wir erwarten, dass Bund und Land diese Grund-  
337 lage sichern, bevor lokale Steuern und Abgaben für  
338 Aufgaben, die Bund und Land finanzieren müssen, er-  
339 hoben werden. Wir fordern, dem Grundsatz „wer be-  
340 stellt, bezahlt“ Geltung zu verschaffen. Wir stehen aber  
341 auch zur eigenen finanziellen Verantwortung und wol-  
342 len keine Verschuldung zu Lasten nachfolgender Ge-  
343 nerationen. Kommunale Steuern, Gebühren und Abga-  
344 ben müssen sich daran orientieren, dass die kommu-  
345 nale Infrastruktur insgesamt langfristig erhalten bleibt  
346 und die Kommune eine hohe Lebensqualität sichert. Es  
347 gilt der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlich-  
348 keit, und zwar ohne Beteiligung an zweifelhaften Steu-  
349 ersparmodellen, Finanzierungskonzepten oder Sozial-

350 und Lohndumping.

351

352 5. Zu den Grundbedürfnissen, die eine Kommune erfül-  
353 len muss, gehört das Wohnen. Wohnraum muss aus-  
354 reichend vorhanden und für breite Bevölkerungsschich-  
355 ten bezahlbar sein. Wir wollen eine aktive Rolle der  
356 Kommunen in der Wohnungspolitik. Angefangen von  
357 der Bodenbevorratung, Mobilisierung und Reaktivie-  
358 rung kommunaler Flächen wollen wir Raum für neue  
359 Wohnungen schaffen. Wir folgen dem Grundsatz der  
360 „Innen- vor Außenentwicklung“. Unsere Wohnungs-  
361 politik folgt ebenso gemeinwohlorientierten, sozialen Zie-  
362 len wie den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Wohnungs-  
363 politik und Quartiersentwicklung gehören für uns eng  
364 zusammen. Mehr und mehr Stadtteile sind von Genti-  
365 fizierung betroffen. Der Verdrängung finanziell schlech-  
366 ter gestellter Menschen an die Stadtränder stellen wir  
367 uns entgegen. Wir wollen Quartiere in der ganzen Stadt,  
368 die für alle bezahlbar und daher sozial durchmischt  
369 sind. Nur so werden auch unterschiedliche Stadtteil-  
370 kulturen gepflegt. Dafür wollen wir auch weiterhin  
371 das Instrument der Milieuschutzsatzung nutzen. Des-  
372 halb ist der Wohnungsbau integrierter Bestandteil der  
373 Stadtentwicklung, die eine gute Lebensqualität schaf-  
374 fen muss.

375

376 Die wichtige Errungenschaft des sozialen Wohnungs-  
377 baus ist unverzichtbar und muss wieder mehr in den  
378 Vordergrund kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten  
379 rücken. Für breite Bevölkerungsschichten ist der sozia-  
380 le Wohnungsbau der einzige Weg, wieder erschwingli-  
381 chen Wohnraum zu erhalten. Kommunen fehlen häu-  
382 fig Grundstücke, um Neubauten zu errichten oder aber  
383 es fehlen die finanziellen Möglichkeiten, um vorhande-  
384 ne Grundstücke wirksam zu entwickeln. Deshalb wol-  
385 len wir einen kostenfreien und unbürokratischen Lan-  
386 desfonds für die Kommunen zur Entwicklung, Wieder-  
387 herstellung und Neubebauung von Brachflächen, unge-  
388 nutzten Grundstücken und Immobilien schaffen.

389

390 6. Mobilität bedeutet Freiheit. Anders als in der Ver-  
391 gangenheit ist sie aber nicht mehr vorwiegend an den  
392 PKW gebunden. Wir stellen aber fest, dass statt Mobi-  
393 lität in NRW allzu oft Stillstand angesagt ist. Ob Stau  
394 oder mangelhaftes ÖPNV-Angebot, beides bringt nicht  
395 voran. Wenn wir die Kommunen stärken, können sie ei-  
396 ne entscheidende Rolle bei der Mobilitätswende spie-  
397 len. Viele haben bereits erfolgreich mit Veränderungen  
398 im Verkehrsmix begonnen und realisieren umwelt-  
399 verträglichere Lösungen. Wir wollen Mobilität fördern,  
400 indem wir den Umweltverbund aus öffentlichem Ver-  
401 kehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördern. Fahrgast-  
402 zahlen, Komfort, Pünktlichkeit und Umweltverträglich-  
403 keit wollen wir verbessern und dennoch die Preise für  
404 Verbraucherinnen und Verbraucher senken. Wir wer-  
405 den neue technische Antriebe (Elektromotoren, Gas-  
406 und Wasserstoffantriebe) im öffentlichen Verkehrssek-  
407 tor unterstützen und Busse und Bahnen sowie kom-

408 munale Fahrzeuge zeitnah umrüsten bzw. ersetzen. Ein  
409 kostenloser öffentlicher Nahverkehr ist für uns eine vi-  
410 sionäre Perspektive, die wir weiterverfolgen. Zur Stär-  
411 kung von regionalen Verkehren brauchen wir Mobili-  
412 tätskonzepte, die von Mitfahrgelegenheiten bis zum  
413 Bürgerbus die Angebotsstruktur verbessern. Um die Be-  
414 dingungen von Pendler\*innen zu verbessern, fordern  
415 wir eine flächendeckende Park-and-Ride-Struktur.

416  
417 Auch hier gilt: Vieles ist aus eigener Kraft möglich, vie-  
418 les müssen aber Bund und Land beisteuern. Die Verdrei-  
419 fachung der Bundesmittel aus dem GVFG bis 2021 für  
420 z.B. U- und Straßenbahnen und die deutlich verbesser-  
421 te Bundesförderung für den Radverkehr sind wichtige  
422 Schritte, um vor Ort Bewegung zu schaffen. Unser Ziel  
423 ist, vor allem die umweltverträglichen Verkehrsträger so  
424 zu ertüchtigen, dass ein Umstieg vom Auto auf z.B. Rad  
425 und ÖPNV möglich und attraktiv ist.

426  
427 Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir als zentrales  
428 Element der Daseinsvorsorge und der Mobilitätswende  
429 stärken. Die Nutzung muss unkompliziert und kosten-  
430 günstig sein. Tarifwirrwarr und Preise, die keine Alter-  
431 native zum PKW sind, müssen der Vergangenheit ange-  
432 hören.

433 Unser Ziel ist deshalb: Ein Ticket für ganz NRW für 1 €  
434 pro Tag. Wir wollen ein 365-Euro-Ticket.

435  
436 7. Eine gute Allgemeinbildung ist die beste Voraus-  
437 setzung für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung ist  
438 aber auch notwendige Bedingung einer sozialen Gesell-  
439 schaft und einer erfolgreichen Volkswirtschaft. Bildung  
440 ist der Schlüssel für die Teilhabe in allen Lebensberei-  
441 chen. Deshalb wollen wir alle Kraft darauf verwenden,  
442 unsere Bildungseinrichtungen auf höchstem Niveau zu  
443 erhalten. Dazu gehören selbstverständlich die Versor-  
444 gung mit Glasfaser und eine moderne digitale Ausstat-  
445 tung aller Bildungseinrichtungen. Bildung ist nicht auf  
446 die erste Lebensphase beschränkt. Lebenslanges Lernen  
447 verlangt Angebote entlang der gesamten Bildungskette  
448 bis zum Lernen im Alter. Wir unterstützen das Ziel, allen  
449 Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleich gute Bil-  
450 dungsvoraussetzungen zu schaffen, denn noch immer  
451 entscheiden in Deutschland Herkunft und Wohnort in  
452 einem großen Maß über Teilhabe- und Bildungschan-  
453 cen von Kindern. Unser Ziel bleibt die Chancengleich-  
454 heit beim Zugang zu Bildung, unabhängig von Herkunft  
455 und Elternhaus. Unser Ziel ist, Kita und OGS kostenfrei  
456 für alle Kinder anzubieten. Zugleich fordern wir verbind-  
457 liche Standards für die OGS, um überall gleichermaßen  
458 die Qualität des Angebotes sowie die Fachlichkeit des  
459 Personals und seine angemessene Bezahlung sicherzu-  
460 stellen. Gebührenfreiheit kann allerdings nur dann er-  
461 reicht werden, wenn Bund und Land den Kommunen die  
462 Einnahmeausfälle erstatten.

463  
464 8. Verantwortliche Kommunalpolitik leistet ihren Bei-  
465 trag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Starkre-

466 gen, Sturm, Unwetter und Hochwasserereignisse zei-  
 467 gen, dass Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um auf  
 468 größere Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Kommunen  
 469 müssen Konzepte entwickeln, um den Schutz der Be-  
 470 völkerung zu sichern. Unterlassener Klimaschutz kos-  
 471 tet, vorbeugender spart Geld und sichert unsere Lebens-  
 472 bedingungen. Wir unterstützen aktiv das Ziel des Bun-  
 473 des, den Anteil der regenerativen Energien bis 2035 auf  
 474 60% zu erhöhen. Wir stehen zur öffentlichen Verant-  
 475 wortung in der Umwelt- und Klimapolitik. Wir brauchen  
 476 eine neue Mobilität in der Stadt. Wir wollen weder grü-  
 477 ne Gentechnik noch Pflanzenschutzmittel wie Glypho-  
 478 sat im öffentlichen Bereich einsetzen.

479  
 480 9. Gute Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, gesell-  
 481 schaftliche Fehlentwicklungen vorbeugend zu vermei-  
 482 den. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
 483 durch gute Rahmenbedingungen für die verschiede-  
 484 nen Gruppen in einer Kommune. Kinder- und Jugend-  
 485 politik fördert Chancen und sichert Zukunft. Zum ei-  
 486 genen Quartier gehören generationenüber greifende  
 487 Sportstätten, Jugendräume und Spielplätze. Vorsorgen-  
 488 de Sozialpolitik beginnt mit Besuchen bei jungen El-  
 489 tern, verlangt gute Familienberatung, eine emanzipa-  
 490 torische Kinder- und Jugendpolitik mit hohen Freizeit-  
 491 werten und endet bei einer Seniorenarbeit, die die älte-  
 492 ren Menschen nicht nur als Pflege- oder Betreuungsfäl-  
 493 le versteht. Dennoch muss qualifizierte Hilfe vorhanden  
 494 sein, wo sie nötig ist und gebraucht wird. Dafür muss  
 495 auch die Ausbildung für den Pflegeberuf attraktiver ge-  
 496 staltet werden.

497  
 498 10. Die moderne Stadt und Gemeinde ist weltoffen, to-  
 499 lerant und friedensstiftend. Sie hilft Menschen in mate-  
 500 rieller Not, die Opfer von Flucht und Vertreibung gewor-  
 501 den sind. Wir stärken dazu auch das zivilgesellschaft-  
 502 liche Engagement, sind Partner von Kirchen, Gewerk-  
 503 schaften und sozialen Organisationen. Wir hetzen Men-  
 504 schen nicht gegeneinander auf, um der Stammtisch-  
 505 hoheit willen oder um kurzfristige Prozentgewinne bei  
 506 Wahlen zu erzielen. Wir wollen den Menschen gute Per-  
 507 spektiven bieten. Wir wenden uns allerdings auch dage-  
 508 gen, Verantwortlichkeiten auszuweichen oder Zustän-  
 509 digkeiten zu verwischen. Die Asyl- und Flüchtlingspoli-  
 510 tik ist eine Aufgabe des Bundes und ebenso der Länder.  
 511 Die Kommunen dürfen weder für die finanziellen Folgen  
 512 noch für administrative Vollzugsdefizite in die Verant-  
 513 wortung genommen werden.

514  
 515 11. Kommunen produzieren Standorte. Moderne Wirt-  
 516 schaft schafft gute Arbeit. Kommunale Wirtschaftspo-  
 517 litik stärkt kleine und mittlere Betriebe und ist Part-  
 518 ner großer Unternehmen. Kommunale Wirtschaftspoli-  
 519 tik schafft gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von  
 520 Familie und Beruf und hilft mit den Berufskollegs bei  
 521 der Sicherung der dualen Ausbildung im Handwerksbe-  
 522 reich. Gleiches gilt für den Zugang zum Dienstleistungs-  
 523 sektor und die akademische Ausbildung. Kommunen

524 sind als Arbeitgeber selbst gefordert und müssen ihrer  
 525 Vorbildfunktion gerecht werden, wenn es um familien-  
 526 gerechte Arbeitszeiten, Ausbildungsplätze und Begren-  
 527 zung befristeter Beschäftigungsverhältnisse geht. Die  
 528 Arbeit der Zukunft wird maßgeblich durch die Digitali-  
 529 sierung aller Lebensbereiche geprägt. Kommunale Wirt-  
 530 schaftsdialoge mit den Unternehmen vor Ort, Gewerk-  
 531 schaften und Kammern sollen eine konzertierte kom-  
 532 munale Wirtschaftsförderung sichern, die den Heraus-  
 533 forderungen des digitalen Zeitalters gewachsen ist.

534  
 535 Kommunen können, wenn es ihre finanzielle Lage er-  
 536 laubt, als Investoren in öffentliches Eigentum – z. B.  
 537 Kitas, Schulen, Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäu-  
 538 de – agieren und so einen vielerorts bedeutenden Bei-  
 539 trag zur Auftragslage des regionalen Handwerks und  
 540 zugleich zum Werterhalt kommunalen Besitzes leis-  
 541 ten. Häufig hindern praxisferne Vergaberichtlinien zü-  
 542 giges und unkompliziertes Handeln. Wir wollen Ver-  
 543 gabevorschriften, die einen fairen Wettbewerb fördern  
 544 und zugleich für die Infrastruktur der Kommunen not-  
 545 wendige Sanierungs- und Baumaßnahmen beschleuni-  
 546 gen, statt sie zu verzögern. Selbstverständlich müssen  
 547 Antikorruptions-Vorschriften und ihre Handhabung da-  
 548 von unberührt bleiben.

549  
 550 12. Kommunalpolitik ist Verbraucherpolitik. Wir wollen  
 551 einen florierenden Einzelhandel in lebendigen Innen-  
 552 städten. Dazu gehören neben dem Einzelhandel auch  
 553 ausreichend Grünflächen und Zonen zur Erholung für  
 554 die Bürger\*innen. Wir brauchen keine Aufhebung der  
 555 Sonntagsruhe durch immer mehr verkaufsoffene Sonn-  
 556 tage. Wir wollen eine gesunde Ernährung mit regio-  
 557 nalen Produkten und einer umweltverträglichen Land-  
 558 wirtschaft. In Zeiten von Lebensmittelskandalen, Um-  
 559 weltgiften und immer wachsender Verletzlichkeit unse-  
 560 rer Gesellschaft durch die Digitalisierung brauchen Ver-  
 561 braucherinnen und Verbraucher Beratung und Aufklä-  
 562 rung durch die Verbraucherzentralen.

563  
 564 13. Der demografische Wandel ist kein Zukunftsszena-  
 565 rio. Eine älter werdende Gesellschaft bringt neue Auf-  
 566 gaben mit sich. Eine ausreichende Betreuung, eine qua-  
 567 litativ hochwertige Pflege und die Ermöglichung von  
 568 Mobilität durch einen erreichbaren ÖPNV spielen ei-  
 569 ne wichtige Rolle. Auch der Vereinsamung älterer Men-  
 570 schen muss vor Ort durch Angebote und Projekte be-  
 571 gegnet werden. Wir begreifen die alternde Gesellschaft  
 572 als ein generationenüber greifendes Gesamtkonzept, in  
 573 der jeder von jedem profitieren kann.

574  
 575 14. Dorf- und Stadtentwicklungspolitik hat die Kommu-  
 576 nen insgesamt im Blick. Wie in einem Brennglas sind ge-  
 577 sellschaftliche Herausforderungen in unseren Gemein-  
 578 wesen konzentriert. Konzepte, die die Aufgaben der Ge-  
 579 genwart erfassen, die Zukunft der eigenen Heimat be-  
 580 schreiben und Ziele einer zukunftsfähigen und lebens-  
 581 werten Kommune entwickeln, sind für uns unverzicht-

582 bar. In den Prozess der Erarbeitung dieser Konzepte be-  
583 ziehen wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv ein. Wir  
584 wollen die teilhabenden und mitbestimmenden Bürge-  
585 rinnen und Bürger.

586

587 15. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet weiter  
588 voran und wird auch das öffentliche Leben in den Städ-  
589 ten und Gemeinden durchdringen. Kaum ein Lebensbe-  
590 reich dürfte in den kommenden Jahren unberührt blei-  
591 ben. Um die Chancen in allen Teilen des Landes nutzen  
592 zu können, werden wir dem Recht auf Glasfaser Geltung  
593 verschaffen und schnellst möglich die notwendige In-  
594 frastruktur schaffen. Wir brauchen eine digitale Agen-  
595 da in jeder Kommune. Deshalb werden wir auch die de-  
596 mokratisch legitimierten Gremien mit dieser Aufgabe  
597 befassen und einen Bürgerdialog initiieren, um Stärken  
598 und Schwächen sowie Chancen und Risiken in Erfah-  
599 rung zu bringen und zu gestalten.

600

601 16. Unsere Kommunen sollen generationengerecht und  
602 integrativ sein. Demografischer Wan del ist selbstver-  
603 ständlicher Teil des gesellschaftlichen Wandels. Er be-  
604 gleitet uns von der Kita bis zum Pflegeheim und in  
605 den jeweils unterschiedlichen sozialen Lebenslagen. Die  
606 Teilhabe am kommunalen Geschehen darf nicht durch  
607 physische Barrieren oder Diskriminierung gleich wel-  
608 cher Art eingeschränkt oder verhindert werden. Die  
609 Stadt der Zukunft ist inklusiv, barriere- und diskriminie-  
610 rungsfrei und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaft-  
611 lichen Leben für jeden Einwohner und jede Einwohne-  
612 rin. Eine gute Beobachtung des demografischen Wan-  
613 dels ist unverzichtbar. Deshalb wollen wir Betroffene zu  
614 Beteiligten machen und ihnen in jeder Lebensphase die  
615 Mitwirkung am kommunalen Leben sichern und Hin-  
616 dernisse, wie zum Beispiel an Bahn- und Busstationen,  
617 abbauen.

618

619 17. Sport ist nicht nur Ausdruck von Lebensfreude, son-  
620 dern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Gesund-  
621 heit der Bevölkerung. Sport ist ein Schlüssel zu gesell-  
622 schaftlicher Teilhabe und Integration. Sport ist auch Teil  
623 einer vorsorgenden Sozialpolitik und Aus druck guter  
624 Lebensqualität. Unsere Sportstätten müssen deshalb in  
625 gutem Zustand sein und der Bevölkerung insgesamt zur  
626 Verfügung stehen. Spitzen- und Breitensport sind ge-  
627 meinsam Elemente guter, lokaler Sportpolitik. Deshalb  
628 muss insbesondere die finanzielle Unterstützung des  
629 Breitensports von den Kommunen angegangen wer-  
630 den. Ebenso leisten wir Unterstützung bei Inklusion und  
631 Integration von Menschen mit Einschränkungen in die  
632 Vereine und erleichtern den finanziellen Zugang von  
633 Kindern und Jugendlichen zu Sportangeboten.

634

635 18. Unsere Städte sind Teil der Natur und Produkt der  
636 Kultur. Die Kultur einer Stadt hat viele Ausdrucksfor-  
637 men, darunter sind unsere Theater, Konzerthäuser und  
638 viele verschiedene Bühnen, die uns die Welt näherbrin-  
639 gen, im Guten wie im Schlechten. Mit ihren viel seitigen

640 Aktivitäten tragen die Kulturschaffenden in den ver-  
641 schiedenen Spielorten zur Weltoffenheit unserer Kom-  
642 munen bei. Sie sind nicht nur Teil der Daseinsvorsor-  
643 gen, sie tragen zur Identität einer Stadt bei, prägen ih-  
644 ren Charakter und sind deshalb unverzichtbar Bestand-  
645 teil unserer politischen Kultur. Kulturelle Bildung ist ein  
646 wichtiger Baustein der Erziehung von Kindern und Ju-  
647 gendlichen. Vom Zugang zum Musikunterricht bis zu  
648 kulturellen Großveranstaltungen müssen kulturelle Or-  
649 te und Veranstaltungen auf finanziell stabilen Säulen  
650 stehen, ohne die kommunalen Haushalte zu überfor-  
651 dern. Für uns ist die lokale Kulturpolitik weder eine dis-  
652 ponible freiwillige Leistung noch eine stille Reserve im  
653 städtischen Haushalt. Wir wollen Kultur für alle und Kul-  
654 tur von allen.

655

656 19. Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört auch die  
657 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Wir wis-  
658 sen, gute Familien- und Sozialpolitik ist die beste Krimi-  
659 nalprävention. Darum heißt es bei uns „Prävention vor  
660 Repression“. Wir nutzen unsere kommunalen Einrich-  
661 tungen, um dies zu gewährleisten, ohne dabei die Auf-  
662 gaben und Befugnisse der Polizei zu übernehmen. Deut-  
663 liche Grundrechtseingriffe, wie etwa durch Videoüber-  
664 wachung des öffentlichen Raums, bleiben in Verant-  
665 wortung und Finanzierung eine polizeiliche Aufgabe,  
666 die wir im Rahmen unserer Kapazität unterstützen. Je-  
667 de Grundrechtseinschränkung zur Kriminalitätspräven-  
668 tion und Strafverfolgung muss mit einem überwiegen-  
669 den Nutzen zu rechtfertigen sein. Für uns gilt: Im Zwei-  
670 fel für die Freiheit!

671

672 20. Europa hat eine wichtige Bedeutung für die Kom-  
673 munen, nicht nur im Hinblick auf Förder- und Ent-  
674 wicklungsprogramme. Viele europäische Entscheidun-  
675 gen haben direkten positiven Einfluss auf die Menschen  
676 vor Ort und sichern insgesamt den Frieden in Europa.  
677 Die grenzüberschreitende Freiheit innerhalb der EU bie-  
678 tet den Menschen Chancen. Diese positiven Chancen  
679 gilt es zu sichern und die Stellung der kommunalen  
680 Selbstverwaltung in Europa zu stärken.